

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 4

Artikel: Umbruch auf dem Balkan
Autor: Bulginski
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335097>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

machten ist, die es ihm gestatten, jeder wirklichen Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Der Bundesrat behält sich vor, von sich aus im gegebenen Zeitpunkt Änderungen zu beantragen.

Eine der Hauptforderungen, die heute erhoben werden, geht auf die Schaffung einer starken *Regierungsgewalt*. Diese Forderung ist jetzt schon nach der Richtung verwirklicht, daß wir als Erbstück der alten Eidgenossenschaft sowohl im Bund wie in den Kantonen über eine starke, ausgesprochene *Stabilität* der Regierung verfügen, wie sie wohl in den wenigsten andern Staaten bisher zu finden war. Für die *Dauer des Krieges* sind der Bundesrat wie auch eine Reihe kantonaler Regierungen mit umfassenden *außerordentlichen Vollmachten* ausgerüstet. Es besteht somit zur Stunde keine unmittelbare Notwendigkeit, durch neue rechtliche Maßnahmen die Regierungsgewalt zu verstärken. Der Bundesrat ist bereit und gewillt, von seinen Vollmachten jederzeit und ohne Verzug Gebrauch zu machen, wenn und soweit er dies als im Interesse des Landes erforderlich betrachtet.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß das *Parlament* sich in dieser Übergangszeit mehr noch als sonst auf seine *natürlichen Funktionen* beschränken soll: Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Wahlrechte, Ausübung des Budgetrechtes und der Kontrolle. Größere Werke der Gesetzgebung, die in normalen Zeiten eine Hauptaufgabe des Parlamentes darstellen, sind heute im Hinblick auf die Zeitverhältnisse und die Unüberblickbarkeit der zukünftigen Entwicklung zurückzustellen.

In der Überzeugung, daß die *föderative Struktur* unseres Landes seiner Verfassung eine der wesentlichen Grundkräfte des schweizerischen Staatsgedankens darstellt, gedenkt der Bundesrat, in Zukunft noch mehr als bisher die unmittelbare Verbindung mit den kantonalen Regierungen zu pflegen. Dies soll geschehen durch die gelegentliche Einberufung von *Konferenzen der kantonalen Regierungspräsidenten*, die sich namentlich zu einem Organ gegenseitigen Informationsaustausches gestalten sollen.

Was dem Lande heute vor allem nottut, ist eine starke innere *Geschlossenheit des Volkes*. Der Bundesrat richtet deshalb an das Volk und an die *Parteien* des Landes die Einladung, das Trennende in den Hintergrund zu stellen, auf die Verfechtung einseitiger Gruppen- und Parteiinteressen zu verzichten und den Blick ausschließlich auf das gemeinsame Wohl des Vaterlandes zu richten. Statt gegeneinander, sollen die Parteien miteinander und zusammen arbeiten, sich hinter die Regierung stellen und zwischen dieser und dem Volke eine Brücke des Vertrauens bilden. Der Bundesrat begrüßt deshalb die in die Wege geleiteten Bestrebungen zur Bildung einer interparteilichen Arbeitsgemeinschaft.

Umbruch auf dem Balkan

Von Bulginski

I.

Die militärischen Ereignisse der letzten Monate haben den Balkan wieder einmal in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Mit Spannung liest man die Berichte über den raschen Vorstoß der Roten Armee im Donaauraum. Zahlreiche Artikel der Tagespresse erinnern den Leser an den Zusammenbruch der bulgarischen Front im Herbst 1918, der die Kapitulation Deutschlands ankündigte. Viele glauben deswegen auf ein baldiges Ende der Feindseligkeiten schließen zu dürfen, womit sie sich auch begnügen. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die sich von der Bedeutung dieser Ereignisse für die Zukunft des europäischen Südostens – und indirekt auch für Europa als Ganzes – eine verhältnismäßig klare Vorstellung machen, eher gering.

II.

Man muß vor allem betonen, daß so wie die mazedonische Frage immer der neuralgische Punkt der bulgarischen Außen- und oft auch Innenpolitik, so auch Bulgarien der Kreuzpunkt aller Aspirationen und Aktionen auf dem Balkan geblieben ist. Seit drei Generationen befindet sich dieses Land in Gärung, und nur mit größter Mühe — besser gesagt durch grausamen Terror — vermochte die regierende Schicht ein labiles innenpolitisches Gleichgewicht zu erhalten.

Die Erscheinung der russischen Vorhuten an der bulgarischen Grenze brachte die im Lande angesammelten Kräfte zum Ausbruch. Regentschaftsrat und Regierung wurden im Nu weggefeht. Während die Bevölkerung die einrückenden russischen Verbände jubelnd empfing, erklärte das neugebildete Kabinett Deutschland den Krieg und kündigte die Bildung einer *mazedonischen* Armee an, in der die bulgarischen Soldaten aus Mazedonien und die mazedonischen Partisanen zusammengeschlossen werden. Gleichzeitig wandte sich die neue bulgarische Regierung an Marschall Tito mit dem Vorschlag für eine enge Koordination der militärischen Handlungen der verschiedenen Armeen.

Durch den Umschwung in Bulgarien ist somit die Zusammenschließung der meisten Balkanvölker — besonders der Südslawen — in einer gemeinsamen Front gegen die imperialistischen Bestrebungen der Großmächte verwirklicht worden. Diese Union entspricht dermaßen den Neigungen und den Interessen der Parteien, sie wurde von den betreffenden Völkern seit jeher mit solcher Energie erstrebt, daß man heute, wo sie eine Tatsache geworden ist, annehmen darf, daß sie allen zukünftigen Zersetzungsversuchen standhalten wird. Die Zusammenarbeit dieser Völker ist aber geeignet, nicht nur das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben auf der Balkanhalbinsel neu zu gestalten, sondern auch auf die Kräfteverteilung in Europa, und so auch auf seine politische Zukunft, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auszuüben.

III.

Zweifellos wird die aufrichtige Zusammenarbeit der betreffenden Völker den «Kennern» der Balkangeschichte eher problematisch erscheinen. Haben doch die zahlreichen Kriege «dort unten» auf das genügendste bewiesen, daß die Balkanbrüder keine Gelegenheit verpassen, um sich in die Haare zu geraten. Dies war mindestens die vor dem ersten Weltkrieg am Wiener Hof herrschende Meinung. Mancher oberflächliche Beobachter mag in der Haltung Bulgariens und im raschen Abfall der Kroaten und der Mazedonier von der Regierung König Peters im Jahre 1941 eine Bestätigung dieser Ansicht erblickt haben.

Tatsächlich waren aber fast alle diese Konflikte von den imperialistischen Großmächten vorbereitet und geschürt.

IV.

Im 18. Jahrhundert gab es in Frankreich keine fremde Herrenschaft. Verteidigt wurden die überholten politischen Einrichtungen dort vom einheimischen Adel und von der bourbonischen Dynastie. Die Ideologen

der Französischen Revolution sahen sich deswegen veranlaßt, Grundsätze aufzustellen – wie Montesquieus Gewaltentrennung –, die in den Augen ihrer Erfinder geeignet waren, den Staat an sich und so auch den eigenen Staat zu verbessern.

Anders auf dem Balkan. Hier funktionierte das vom Mittelalter überlieferte Lehenssystem zugunsten der landes- und glaubensfremden Paschas und Spahis bis ins 20. Jahrhundert hinein. Den christlichen Rajas – Leibeigenen – und den aus ihrem Milieu hervorgegangenen Intellektuellen-Revolutionären war es klar, daß die Abschaffung der verhaßten Kopfsteuer und der Fronarbeit sowie der moralischen Bedrückung, der sie unterworfen waren, nur durch die Vertreibung der Bedrücker aus dem Lande zu erreichen war.

In Frankreich wurde die Befreiungsbewegung durch die phrygische Mütze der Galeerensträflinge symbolisiert; auf dem Balkan – durch den Gegensatz zwischen Kreuz und Halbmond. Aber die Revolutionäre unterließen es nicht, zu betonen, daß ihr Kampf gegen die Paschas gerichtet war, und daß sie mit dem türkischen Volk friedlich zusammenzuleben bereit waren.

V.

Der völkerrechtliche Rahmen, innerhalb dessen sich dieser Kampf abspielte, war durch die strategische Lage der Halbinsel bestimmt.

Während *Rußland* wirtschaftlich, politisch und kulturell an die Errichtung eines großen und starken Staates in diesem Raum interessiert war, trachteten die andern Großmächte mit allen Mitteln diesen Plan zu vereiteln. Schon 1809 hatte Österreich, durch den Mund Metternichs, seine Stellung zur Balkanfrage bekanntgegeben. Ein türkisches Serbien sei ihm – so erklärte der österreichische Staatsmann – viel angenehmer als ein unabhängiges. Am Pariser Kongreß (1856) konnten die Moldau und die Walachei mit österreichischen Zugriff entslüpfen. Am Berliner Kongreß hatten Bosnien und Herzegowina weniger Glück. Sie wurden von Österreich-Ungarn besetzt, welches hoffte, mit der Zeit seine Grenze bis Saloniki vorzuschieben. Mit der wohlerwogenen Absicht, zwischen Serben und Bulgaren Reibungsflächen zu schaffen, setzte Österreich die Abtretung der damals ethnisch noch unstreitig bulgarischen Provinzen Nisch, Pirots und Vranja an Serbien durch. Durch ein geheimes Abkommen (1881) wurde die eventuelle Ausrufung von Fürst Milan zum serbischen König von Österreich-Ungarn gutgeheißen, und Serbien wurde der Erwerb des Wardarales und Westmazedoniens in Aussicht gestellt. Der bei seinem Volke unbeliebte Milan erklärte bei der ersten Gelegenheit Bulgarien den Krieg (1885), um bei seiner Niederlage durch die Intervention der österreichisch-ungarischen Diplomatie gerettet zu werden.

In dieser Politik wurde Wien von London bereitwillig unterstützt. Ein starker, an Rußland angelehnter Balkanstaat war gerade das, was die kolonialinteressierten britischen Kreise nicht haben wollten. Solch ein Keil zwischen Malta und Suez, Ägypten und dem Vorderen Orient konnte nicht geduldet werden. Disraeli zerriß also, mit der Hilfe von Bismarcks «ehrlicher Maklerschaft», den Frieden von San Stefano, der ein starkes

und unabhängiges Bulgarien geschaffen hatte. Die Hälfte des bulgarischen Volkes mußte unter türkische Herrschaft zurückkehren. Das so gefährliche Gravitationszentrum für die andern Balkanvölker wurde ausgeschaltet.

VI.

Der gleiche, oft gemeinsame Kampf gegen die wackelige Hohe Pforte führte naturgemäß zum Gedanken eines Balkanbundes. Schon 1844 – genau vor hundert Jahren – unterbreitete der serbische Staatsmann Ilija Garaschanin seinem Fürsten einen Plan für die Vereinigung sämtlicher Südslawen in einem Staat. Es war dies eine großartige Konzeption. Wie tief der Einblick Garaschanins in die Zukunft war, geht hervor aus seinem Hinweis auf die unvermeidliche Opposition seitens der habsburgischen Monarchie gegen seinen Plan und auf die Gefahr, die daraus für Serbien entstehen konnte.

Zwanzig Jahre später versuchte Fürst Michael von Serbien diese Konzeption in die Praxis umzusetzen. Er knüpfte Beziehungen zur bulgarischen revolutionären Organisation an und unterzeichnete mit ihr ein Protokoll, das die Errichtung eines serbisch-bulgarischen Reiches vorsah. Eine bulgarische Delegiertenversammlung ratifizierte das Protokoll und schlug vor, den gemeinsamen Staat *Südslawisches Reich* zu nennen (5. April 1867). Fürst Michael nahm Fühlung mit dem rumänischen Prinzen Karl und verständigte sich mit Montenegro. Er sandte den bulgarischen Revolutionär Rakowsky als geheimen Unterhändler nach Athen. Am 4. August 1867 schloß er einen Bündnisvertrag mit Griechenland ab, in dem die Errichtung eines Balkanbundes vorgesehen wird. Merkwürdigerweise fiel Fürst Michael im folgenden Jahre einem Attentat zum Opfer, dessen Täter nie gefunden werden konnten.

Anfangs des 20. Jahrhunderts (1904) wurde ein neuer Versuch unternommen, die Vereinigung der Südslawen anzubahnen. Zwischen Bulgarien und Serbien wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Schaffung eines Zollvereins vorsah. Der Paßzwang zwischen den beiden Ländern sollte aufgehoben und die Entscheide der Zivilgerichte ohne weiteres in beiden Ländern vollzogen werden. Aber auch dieser Versuch scheiterte an der Opposition Österreich-Ungarns. Letzteres stellte die Einfuhr serbischen Viehs unter Verbot («Schweinekrieg»), eine Maßnahme, welche die serbische Volkswirtschaft zu ersticken drohte. Serbien mußte auf den Zollverein mit Bulgarien verzichten.

VII.

Man könnte die Frage stellen, warum ein Ausgleich auf dem Balkan auch nach 1919, also nach Auflösung der habsburgischen Monarchie, nicht herbeigeführt werden konnte.

Um auf diese Frage eine Antwort geben zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, daß die politische Spannung im Balkan seit 1919 hauptsächlich durch die akute Landknappheit bestimmt war. Handelte es sich noch bis zum ersten Weltkrieg vor allem um die Vertreibung der türkischen Paschas und um die Aufteilung ihrer Latifundien, so wurde in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit der Mangel an Boden in diesem von

Bauern bewohnten Erdwinkel zum Kardinalproblem. Da die Urbarmachung von Brachland schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts an ihren natürlichen Grenzen halt machen mußte und anderseits nach Annahme der Quota-Gesetze in den Vereinigten Staaten die «überflüssigen» Bevölkerungsmassen nicht mehr nach Amerika abfließen konnten, mußte die relative Übervölkerung zwangsläufig zu Landhunger und dementsprechend zu progressiver Verarmung der Bauernmassen führen.

Durch Verschuldung, Abwertungen, Reparationsleistungen und andere Kriegsfolgen entstand ein hoher sozialer Druck. Die breiten Volksmassen forderten den Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem. Die Regierungen taten dagegen alles, um diesen Wechsel zu verhindern. So wurde beispielsweise in Ungarn die Unzufriedenheit der ausgepowerten Bevölkerung fast gänzlich in den Kanal des Revisionismus abgelenkt. Griechenland siedelte seine aus Kleinasien ausgewiesenen Volkszugehörigen in Mazedonien und Thrazien an, während die einheimische bulgarische Bevölkerung diese Provinzen – besonders die letztere – räumen mußte Ähnliches ging vor sich in der Dobrudscha. Von den Äckern der ansässigen Bulgaren wurde ein Teil beschlagnahmt und an rumänische Kolonisten abgetreten, während in Kroatien und Serbisch-Mazedonien die Verfolgung vorab den Intellektuellen galt. Diese sahen sich zur Flucht gezwungen und wurden in der Verwaltung und in den freien Berufen durch serbische Chauvinisten ersetzt. Überall suchte man sich – auf Kosten der Minderheiten – «Lebensraum» zu schaffen. Aus dem Flüchtlingsstrom, der sich in das verkleinerte Bulgarien ergoß, rekrutierten sich aber die wildesten Revisionisten.

VIII.

Nach den letzten politischen Ereignissen in Bulgarien dürfte die Zeit des Hin- und Herschiebens der politischen Grenzen zwischen diesem Land und Serbien als abgelaufen betrachtet werden. Weder in Sofia noch in Belgrad wird es in der Zukunft möglich sein, durch Aufhetzen gegen das Brudervolk Karriere zu machen. Vermutlich wird Mazedonien in der nächsten Zukunft die ersehnte Selbstverwaltung erhalten, um als gleichberechtigtes Mitglied in die Vereinigung der südslawischen Staaten einzutreten.

Durch diesen Ausgleich wird das wichtigste politische Streitobjekt auf der Balkanhalbinsel verschwinden. Es wird nicht mehr möglich sein, wie 1913, durch die Ausnützung königlichen Größenwahns und korrupter Staatsmänner diese Länder in den Krieg gegeneinander zu stürzen. Aus Figuren auf dem Schachbrett der imperialistischen Mächte sind die Balkanvölker ein selbständiger, aktiver Faktor geworden.

Bulgariens Obst, Bosniens und Mazedoniens Erze, Montenegros Vieh und Sloweniens Holz werden nicht mehr ins Ausland geschickt werden, nur um die Verzinsung von Kriegsanleihen zu sichern, die übrigens oft gerade den Erwerb von unmodernem Kriegsmaterial gestatteten. Da die gewaltigen, vom heutigen Krieg verursachten Schäden nur mit Hilfe der Sowjetunion schnell behoben werden können, kann man mit Bestimmtheit auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit des Balkans mit den Sowjet-

republiken rechnen. Zu welchem wirtschaftlichen Aufschwung und Hebung des Lebensstandards dies führen würde, braucht kaum ausgeführt zu werden.

Macht Rumänien mit — und es ist nicht einzusehen, warum es nicht mitmachen sollte —, so wird aus dem Balkan ein Block von über 40 Millionen Menschen, der Frankreich kaum nachstehen würde. So oder so wird das Kriegspotential des Balkans vervielfacht. Die türkischen Chauvinisten werden auf ihren Traum von einem neuen Vorstoß auf der Halbinsel verzichten müssen. Hingegen erhalten die progressiven Kreise in der Türkei eine Rückendeckung, die ihnen erlauben würde, die auf ihrem Lande lastende politische und wirtschaftliche Reaktion loszuwerden. Die Tschechoslowakei wird vom Süden her gestärkt. Ein neues italienisches Abenteuer in Albanien wird undenkbar. Von einer «friedlichen Eroberung» Rumäniens und Bulgariens durch Deutschland, wie Anno 1940/41, kann nicht mehr die Rede sein. Die andern europäischen Staaten werden mit dem Balkan rechnen müssen.

Zur Psychologie und Soziologie der Massen

(Eine Auseinandersetzung mit der reaktionären Theorie des Bürgertums)

Von Julian Forster

(Fortsetzung)

Wie sich gerade aus der Frage der Beeinflussung der psychologischen Masse ergibt, ist das Verhältnis von Führer und Geführten von entscheidender Bedeutung für die Sittlichkeit oder Roheit der Masse. Ein Redner, der sie zu behandeln weiß, der geschickt seine Behauptungen aneinanderreicht, und den Wünschen seiner Zuhörer schmeichelt, kann ihr die unglaublichsten Dinge einreden und führt sie nach Belieben (154). Ist dies ein Grund, sich über die Masse so erhaben zu fühlen, wie es viele bürgerliche Intellektuelle gerne tun? Offenbar nicht. Denn wie wir vorhin schon feststellten, ist jeder von uns beeinflussbar und fähig, den größten Unsinn zu glauben. Ich brauche hierfür — denke ich — keine besonderen Beweise zu liefern. Auch hat man leider aus den Ländern der modernen Barbarei und Sklaverei nicht vernommen, daß etwa gerade die intellektuellen Verächter der Massen dem schlimmen «Führer»einfluß nicht erlegen wären, daß gerade sie sich der Mitverantwortung zu entledigen, die unmenschlichen Verbrechen zu verhindern gesucht hätten. Tatsächlich kann gerade die psychologische Masse der Leitung durch Führer nicht entbehren. Der Soziologe Friedrich Wieser hat zweifellos recht, wenn er feststellt, daß jedes gesellschaftliche Wirken von Menschen die Bedeutung von Führung und Organisation erweist, und wenn er von der Masse aussagt, daß außer ihren großen Führern auch kleine und kleinste Führer in unübersehbarer Zahl tätig sind, ohne deren Zutun die Masse nicht handlungsfähig wäre². Nur müßte betont werden, daß in der psychologischen Masse zwischen Führer und Geführten eine gebundene Gemeinschaft besteht, wobei alle

² Siehe: Handwörterbuch der Staatswissenschaften: «Masse».